



Pfäffikon, 13. April 2019

## **SP nimmt zum Gesetzgebungsprogramm Stellung**

Die SP Kanton Schwyz äussert sich zum Gesetzgebungsprogramm 2019-2020 kritisch. Veränderungen bei dringlichen Themen wie Betreuungsangeboten, bezahlbarem Wohnraum oder Gleichstellung gehen schleichend oder meistens gar nicht voran. «Im Regierungsrat fehlt der Wille zur Innovation,» meint Kantonsrat Thomas Büeler (Lachen), und sagt weiter: «Bei fast allen Gesetzen handelt es sich um den Vollzug von übergeordnetem Recht. Es wird nur das absolute Minimum gemacht, weshalb der Kanton Schwyz gesamtschweizerisch immer nur nachzügelt». Als Sinnbild dieser Untätigkeit sieht die SP das Energiegesetz. Dieses soll nach dem Willen des Regierungsrates erst Ende 2020 behandelt werden, obwohl die Bundesvorgaben bereits seit 2014 in Kraft sind. «Das Thema ist hochaktuell. Überall finden Klimastreiks statt und die Zeit drängt. Das Volk verlangt konkrete Lösungen und will nicht länger abwarten», betont Fraktionspräsident Paul Furrer (Schwyz).

### **Zur Anpassung der Motorfahrzeug Steuer – Fokus Langsamverkehr**

Als möglicher Lösungsansatz für energieeffizienteren Verkehr nennt die SP den Ausbau des Radnetzes. Die SP Fraktion unterstützt eine Senkung der Fahrzeugsteuer um 10%, fordert allerdings, dass ein Teil der Steuer neu auch in Velowege investiert werden soll. «Viele Kantonsstrassen sind für Radfahrer beinahe lebensgefährlich. Die unzähligen Gefahrenstellen entlang den Hauptstrassen sollen endlich eliminiert und durchgängige Radstreifen eingeplant werden,» präzisiert SP-Parteipräsident und Kantonsrat Andreas Marty (Arth/Einsiedeln). Der Kanton soll zudem Gelder aus der Strassenkasse künftig auch für die Erstellung eines Radwegnetzes abseits der Hauptstrassen verwenden.

### **Dringlichkeit der Mittelschulstrategie**

Die SP Fraktion sieht auch die Mittelschulstrategie des Kantons als Thema mit sofortigem Handlungsbedarf. Der Regierungsrat soll ein Mittelschulkonzept vorlegen, welches alle bildungspolitischen Aspekte der heutigen Mittelschulen im Kanton umfasst. So sollen Stärken und Optimierungspotential der Schulen erkennbar werden, bevor die Standortfrage der Kantonsschulen im inneren und äusseren Kantonsteilgeklärt wird. «Mit dem Dringlichkeitsantrag wollen wir dem Regierungsrat die Chance geben, alle Fakten in diese Diskussion einzubringen,» so SP-Kantonsrat Jonathan Prelicz (Goldau). «Nur so können die kommenden Entscheide betreffend Mittelschulen fundiert getroffen werden.»

## **Zur neuen Geschäftsordnung des Kantonsrat**

Die SP Fraktion begrüsst die Anpassung der Geschäftsordnung, welche in vielen Belangen klarere Regeln sowie sprachliche Präzisierung für die heutige Zeit ausweist, Z.B. die Kompetenzen einer PUK, formale Gleichbehandlung von Initiativ- und Referendumskomitees in Abstimmungsunterlagen, oder die Möglichkeit zur elektronischen Abstimmung. Politik soll eine öffentliche Angelegenheit bleiben, daher wird die Fraktion sich für die Variante einer offenen Kommission Berichterstattung welche nur bei Sachverhalten die effektiv geheimhaltungswürdig sind, eine Vertraulichkeit verlangt, zustimmen. Der Wiedereinführung der undemokratischen Ausgabenbremse steht die Fraktion nach wie vor skeptisch gegenüber, den damit entscheidet faktisch einer Minderheit von 40 Stimmenden über die Mehrheit. Nach Ansicht des Fraktionspräsidenten Paul Furrer „ Wurde es leider einmal mehr verpasst, weitergehende Innovative Vorschläge ins Gesetz auf zu nehmen.“